

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung.

Der unerwartet eingetretene Zusammenbruch der Revolution keine Verantwortlichkeit.

Verl.-Redaktion: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Präsident Call.

Soweit eine Einzelpersönlichkeit den politischen Gesamtwillen eines Volkes in einer bestimmten Entwicklungsstufe überhaupt zum Ausdruck bringen kann, muß man den bisherigen Präsidenten der Vereinigten Staaten Theodore Roosevelt zugerechnen, daß er den modernen Amerikaner in typischer Gestalt darstellt. Seine Einwirkung auf das geschriebene Gesetz der Vereinigten Staaten war bisher gering; der Einfluß Roosevelts auf seine Volksgenossen ist unermesslich. Dieser Einfluß bezieht sich nicht bloß auf die Politik, obgleich auch hier die sich anbahnende Wandlung von Dollarjägern zu tatsächlichen Vorläufern einer umfassenden Kulturpropaganda beträchtlich ist; er umfaßt das ganze öffentliche und private Leben eines jugendlichen Volkes mit seinen ungeheuren materiellen und geistigen Hilfsquellen. Wie Bismarcks Schatten noch heute des Deutschen Reiches heimlicher Kaiser ist, so bildet Roosevelt die Spitze des amerikanischen Imperiums.

William Howard Taft ist ein sehr tüchtiger Repräsentant des modernen Durchschnittsamerikaners. Ein Journalist wird sich sogar besonders darüber freuen, daß hier wieder einmal ein Mann, der aus dem journalistischen Tagesgeschäft hervorgegangen ist, an die Spitze des größten Kulturvolkes der Erde gestellt wird. Man wird Herrn Taft auch zugehen müssen, daß er sich bisher allen Aufgaben, die an ihn gestellt wurden, als Generalvornehm der Vereinigten Staaten, als Zeitungsredakteur der Philippinen wie als Kriegesleiter der Vereinigten Staaten in einer Maße gewachsen gezeigt hat, das selbst einem preußischen Geheimrat eine gewisse Anerkennung ausnützt. Aber man braucht sich deshalb nicht darüber zu täuschen, daß die Chancen zwischen Taft und Bryan sehr ungleich gewesen wären, wenn sich nicht Roosevelt mit voller Macht für seinen Mitarbeiter und Freund Taft ins Zeug gesetzt hätte. Wenn auch Taft kein unklarer Charakter war, so hat ihn doch erst Roosevelt zur überwiegenden Anerkennung im amerikanischen Volk verholfen.

In der Politik gibt es keine Sentimentalität; am wenigsten sind die Amerikaner mit dieser zweifelhafte Charaktereigenschaft behaftet. Somit konnte man die beiden um den Siegerposten ringenden Kandidaten, den Republikaner Taft und den Demokraten Bryan, in ihren politischen Tendenzen wie in ihren Charaktereigenschaften gegeneinander abwägen. In diesem Falle wurde man zugehen müssen, daß William Jennings Bryan, der im Laufe von zwölf Jahren auf manche Lebensschwanklichkeiten und besonders auf die Rekonstruktion des Südens verzichtet hat, der höhere Denker und der kühnere Politiker ist. Aber Taft hat die Konsequenz für sich, er würde gewählt, nicht weil er ein originaler Denker, sondern weil er Roosevelts Mann ist. Der freie Amerikaner von heute will über die Ideale Washingtons und Vincennes hinaus. Der Imperialismus steht ihm im Blut. Deshalb verzichtet er lieber auf die reformatorische Politik im Inneren als auf den großen weltpolitischen Zug, den Roosevelt in die Vereinigten Staaten hineingetragen hat, und den man auch Herrn Taft als seinem Erbkönig zutraut.

Bei solchen allgemeinen Wägen, in denen ein ganzes Volk sich die Wahlmänner stellen, die den Nachfolger des jetzigen Präsidenten wählen sollen, spielt die Wissenschaft auf das Ausland eine verhältnismäßig geringe Rolle. Ganz besonders ist den Amerikanern das Fremd nüber der Red. Man wird deshalb gut tun, aus der Wahl Tafts insoweit einen Rückschluß auf irgendeine heftigste unzufriedene Haltung gegen das Ausland zu ziehen, als man in einer Mehrheit für Bryan etwa ein Zugeständnis an das Ausland und besonders an das Deutsche Reich hätte erblicken können. Hoffentlich konnte man durch Rückschlüsse auf die allgemeine Volkstimmung zu erschöpfenden Schlüssen, insoweit ins die Präsidentenwahl ein gültiges Mittel bedeutet.

Man ist allerdings ungenug, daß der amerikanische Sochismus 1904, in dem von das härteste Büdendnis für den naturgemäßen enenzen zu ammenhinhug zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten erbunden, unter einem demokratischen Regime härter gefährdet gewesen wäre als unter Taft. Denn Taft hat zwar gleichfalls eine Revision des amerikanischen Zolltarifs in Aussicht gestellt, aber die für keine Wahl ausschlaggebenden Kreise wollen am Prinzip des Hochschutzes nicht rütteln lassen, und man wird nicht annehmen dürfen, daß Taft durchsetzt, was selbst seinem Herrn und Meister wird sehr unvollkommen gelang.

Trotzdem wird man den Sieg Tafts bei uns nicht zu beklagen brauchen. Denn auch das schon vollkommene Bryan wäre vermuthlich auf dem Papier helfen geblieben, da die Zeit für eine gründliche Tarifrevision in den Vereinigten Staaten zu wenig gekommen zu sein scheint wie — im Deutschen Reich. Die Wahrheit, Gerechtigkeit und Verstand brauchen manchmal Zeit, sich durchzusetzen. Bei uns dominieren die Agrarier, nicht den Vereinigten Staaten die Trusts. Wir können nicht erwarten, daß uns Wohlthaten von außen in den Schoß fallen, sondern müssen erst einmal in eigenen Kreise den gelindesten Verstand zum Siege verhelfen, ehe wir auf einen Umweg in den Vereinigten Staaten hoffen können.

Sieht man aber von diesen Zollfragen ab, so wird man sich zu der Wahl Tafts nur freundlich stellen können. Vor allem ist durch diese Wahl festgestellt, daß sich die Vereinigten Staaten nicht auf gefährliche wirtschaftspolitische Experimente einlassen, sondern den bisherigen Kurs weiter steuern wollen. Diese Sicherheit dürfte auch auf eine schnelle Beendigung der wirtschaftlichen Krise in den Vereinigten Staaten hinwirken und damit gleichzeitig dem Weltwirtschaftsleben in der alten Welt einen Aufschwung nach oben geben. Die Wahl Tafts wird jedenfalls, soweit Amerika auf den Weltmarkt einfließt hat, beruhigend wirken. Man kann

wieder mit einem bestimmten Faktor rechnen. Insofern ist auch für das Deutsche Reich die Wahl Tafts willkommen, auch wenn wir überzeugt sind, daß Taft nicht der Riese ist, der das Meer der gemeinbildlichen Trusts zu Boden werfen kann.

In einer zweiten Morgenausgabe haben wir heute die ausführlichen Privat-Kabeltelegramme veröffentlicht, in denen unsere amerikanischen Korrespondenten über die Wahlen in Amerika und über ihr Endergebnis — den Sieg Tafts — berichten. Diese zweite Ausgabe konnte einem großen Teil unserer Abonnenten noch rechtzeitig zugeföhrt werden. Taft all' unsere Berliner Lesern wurde sie, als Ergänzung zur ersten Ausgabe, besonders ins Haus gebracht.

Call's Sieg.

(Kabel-Telegramm unseres Korrespondenten.)

3. November, 4. November, 3 Uhr morgens.

Um Mitternacht hielt Taft vor einer großen Menschenmenge, die ihm eine enthusiastische Aufnahme bereite, eine kurze Ansprache. Das Ergebnis des heutigen Wahltages, sagte er, ist die Billigung der Regierung Roosevelts und die Bürgschaft für die Wiederkehr des Geistes im Lande. William Bryan, der um eine Meinungsänderung gegangen wurde, erklärte, er wolle kein Wort über die Bedeutung des Wahlergebnisses abgeben, sondern warten, bis die weiteren Nachrichten bestimmtere Schlüsse ermöglichen.

Die Gesamtzahl der Elektorstimmen, die für Taft gesichert sind, geht ganz erheblich über die absolute Mehrheit, die 242 beträgt. Hinzu, erwidert aber nicht die Mehrheit von 325 Stimmen, mit der Roosevelt im Jahre 1904 über Porter siegte. Man berechnet ausnehmlich für ihn 305 Wahlmännerstimmen, das ist eine Stimme weniger, als Roosevelt selbst vor kurzem als das nachherfolgende Wahlergebnis für Taft bezichtigt hat. Ausnehmlich ist das Ergebnis aus einigen zweifelhaften Staaten, wie Colorado und Nebraska, noch nicht bekannt. Siegen dort die Republikaner, so dürfte die Mehrheit für Taft auf mindestens 320 Stimmen steigen, also dergleichen Roosevelts bei der letzten Wahl nochkommen Die Staaten Missouri und Nevada, die von vier Jahren von Roosevelt erobert worden sind, wie der inzwischen neu hinzugekommene Staat Oklahoma haben diesmal für Bryan gestimmt. Die Mehrheit der Unabhängigen für Taft ist in einzelnen Staaten, so in Wisconsin und Maine höher, als selbst die für Roosevelt im Jahre 1904 erzielte, was uns höhere Überzahl auch die Mehrheiten in Ohio und Indiana werden jetzt noch höher als gestern abend angegeben; sie betragen dort 50.000, hier 60.000 Stimmen. Große Ueberraschung erweckt der völlige Fehlschlag der Sozialistischen Unabhängigkeitspartei nach der ungeheuren Aufregung, die diese für seinen Kandidaten Jansen gemacht hat, und nach dem Erfolg, den er sich von seinen „Entwählungen“ über den District versprochen durfte. Man berechnet bis jetzt, daß im ganzen Lande noch nicht 75.000 Stimmen für den Sozialistischen Kandidaten abgegeben wurden. Ueber die Stimmengahl, die auf den Kandidaten der Prohibitionisten und auf die beiden republikanischen Kandidaten Debs und Weston gefallen sind, liegt noch keine zusammenfassende Angabe vor. Die Aufzählung des Arbeiterdankens vorliegenden Comers, für Bryan zu stimmen, ist von der Arbeiterchaft im großen ganzen nicht beachtet worden. Man erklärt sich das damit, daß die Arbeiter befürchten, daß der Sieg Bryan zunächst eine Depression in der Industrie zur Folge haben werde; auch wird der Sieg Tafts vielfach dem Wunsch der Bevölkerung nach Aufrechterhaltung der Schutz-Zollmauern zugeschrieben.

Bei den Kongresswahlen ist der Sieg der Republikaner, soweit bisher die Berichte eingegangen sind, ebenfalls als Erwartetes groß. Die Parteiführer rechnen mit Bestimmtheit darauf, daß die republikanische Mehrheit im neuen Repräsentantenhaus noch größer als bisher sein werde. Die Wiederwahl des Schwere Cannon in Illinois erfolgte trotz der heftigen Befämpfung durch die Demokraten mit fast doppelt so großer Mehrheit als vor zwei Jahren.

Nachstehend wiederholen wir die wichtigsten derjenigen Privat-Kabeltelegramme, die in unserer zweiten Morgenausgabe enthalten waren und daher noch nicht sämtlich in Lesen bekannt sind.

Der Schluss des Wahlaktes.

(Kabel-Telegramm unseres Korrespondenten.)

3. November, 3. November, 5 Uhr abends

amerikanischer Zeit — 11 Uhr nachts Berliner Zeit.

Die Abstimmung ist hier schon geschlossen worden; überall herrscht ungeheure Erregung, aber noch liegen keine sicheren ziffermäßigen Ergebnisse vor, auch die Berechnungen der Parteien sind durch die ununterbrochen stark Wahlteilnahme aus änderlich erschwert. Noch niemals hat sich ein so starker Prozentsatz der Wähler an einer Präsidentenwahl beteiligt. Die Republikaner sind der festen Überzeugung, daß Taft im Staate New-York, der über 39 Stimmen verfügt, gesiegt hat und daß ihm damit die Mehrheit der Elektorstimmen, das heißt mindestens 242 von 489, gesichert ist. Weniger sicher ist die Mehrheit des Republikaners Hughes zum Gouverneur von New-York;

denn es heißt, daß eine große Anzahl von Wählern sich weigerten, für das geschlossene republikanische „Ticket“ zu stimmen, und ihre Stimme zwar für Taft, aber gegen Hughes abgegeben haben. Die Telegramme aus Massachusetts und den anderen Neuenlandstaaten melden vorläufig nur, daß dort das Stimmverhältnis der Parteien im großen ganzen daselbst sei, wie bei der letzten Wahl im Jahre 1904. In New-York wurden auch im Laufe des Nachmittags noch eine Reihe von Verhaftungen, meist wegen Wahlbetrugs, vorgenommen, und die Gesamtzahl der Verhafteten wird jetzt auf 125 angegeben. Der Tag ist im ganzen ruhig verlaufen; nur an einigen Stellen der Stadt kam es zu ernstern Ausschreitungen. Gegenwärtig warten Tausende und Aber-tausende vor den Gebäuden der großen Zeitungen auf die Bekanntgabe des Wahlergebnisses; große Züge von Wählern bewegen sich auch unter Singen, Trompetenläuten und Pfeisen die Straßen entlang. Die Spannung ist auf dem Höhepunkt.

*

3. November, 3. November, 6 Uhr abends amerikanischer Zeit — 12 Uhr nachts Berliner Zeit. (Privat-Kabeltelegramm.)

Tafts Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gilt jetzt als gesichert. Er wird selbst von den Demokraten zugegeben, daß nach den bisher vorliegenden Resultaten an seinem Sieg im Staate New-York nicht mehr gezweifelt werden kann. Die Republikaner erklären, daß damit Tafts Sieg entschieden ist, selbst für den Fall, daß von den zweifelhaften Staaten die beiden größten, nämlich Ohio mit 23 und Indiana mit 15 Stimmen zu den Demokraten übergegangen wären. Sie berechnen die Mehrheit Tafts im Staate New-York auf 200.000 Stimmen.

3. November, 3. November, 8 Uhr abends amerikanischer Zeit — 4. November, 2 Uhr früh Berliner Zeit. (Privat-Kabeltelegramm.)

Nach den bisherigen Feststellungen hat Taft im Staate New-York mit einer Mehrheit von mindestens 150.000 Stimmen bestimmt den Sieg davongetragen. Er hat aber auch nach den Berichten, die im republikanischen Hauptquartier eingegangen sind, die Staaten Ohio, Indiana und Illinois, die zusammen über 65 Elektorstimmen verfügen, erobert. Seine Majorität wird in Indiana wie in Ohio auf rund 30.000, in Illinois auf 75.000 Stimmen angegeben. Seine Wahl zum Präsidenten ist feststehende Tatsache. Nach den bisher eingegangenen Berichten wird Taft nicht weniger Stimmen auf sich vereinen, als Roosevelt im Jahre 1904. Es müßte dem sein, daß in den Weststaaten, in denen sich ein großer Umschwung der Stimmung vollzogen hat, die republikanischen Stimmen erheblich zuzunehmen sind. In Kentucky, Delaware und Maryland ist das Stimmverhältnis beider Parteien nahezu gleich. Das Ergebnis der Wahl für den New-Yorker Gouverneurposten ist noch nicht ganz sicher; sehr wahrscheinlich ist der Republikaner Hughes wieder gewählt; es muß aber erst die offizielle Stimmzählung abgewartet werden.

Die Kongresswahlen im ganzen Lande haben eine seltene republikanische Majorität für den kommenden Kongress ergeben. Bei den Wahlen zum Kongress in Illinois ist der bisherige Sprecher des Repräsentantenhauses Joseph Cannon wieder gewählt worden. Das Stimmenergebnis aus der City von New-York liegt noch nicht vor; es heißt, daß Taft und Bryan in der City ungefähr gleichviel Stimmen erhalten haben.

Die Krisis.

Eine hiesige Korrespondenz meldet: Die Fraktionen des Reichstages hielten heute mittag Fraktionsversammlungen ab. Zur Beratung standen die Berufschung des Kaiserinterviews und seiner beabsichtigten Folgen. Neben der nationalliberalen Fraktion, die eine Interpellation in dieser Sache bereits eingebracht, werden, wie schon mitgeteilt, Interpellationen von konservativer, Zentrum, und freimittler Seite vorbereitet, die heute im Laufe des Tages eingebracht werden sollen. Die Interpellationen werden morgen zu Diskussion kommen und vom Reichstagler beantwortet werden.

Von anderer Seite hegen wir uns mitgeteilt: Der Reichskanzler geht nach den bisherigen Dispositionen die Interpellation wegen der Entfällungen im „Tahy Telegraph“ am nächsten Dienstag zu beantworten. — Warum erst am nächsten Dienstag?

*

Der Berliner A-Korrespondent des „Dortmunder Zeitung“ sendet seinem Blatte die nachstehende Interpellation mit dem beigedruckten Wassermark:

„Der Abgeordnete Wassermark teilt mit, daß der nationalliberalen Fraktion der Vortritt für die Interpellation Bülow für Donnerstag gesichert sei. Die Fraktion beschließt die Details heute nachmittag vier Uhr. Der Abgeordnete Wassermark hält Bülow's Worten für unmöglich. Er vergleicht die Situation mit großer Bismarck, die, wenn sie in einem Privatgespräch vollzogen, zur Folge haben würde, daß der Chef die Angelegenheit sicherlich nicht bezagen würde, durch deren Fehlen er zum Gespött der gesamten Stadt gemacht wäre. Andererseits sagt Wassermark, daß Bülow im Reichstage jedes Wort verloren habe. Bülow mußte in Kenntnis der Gegenwart des Reichers die dauernde Gefahr einer Ueberrückung im Auge behalten.“

Im nächsten Akt wird nach Wassermark die Hergröbste Veränderung eintreten. Steinerich werde wieder ins Ausland geschickt, drei Räte mindestens geben. Schoen seine nicht mehr wieder, Geheimrat Schaefer, der aus dem Bülow-Stand-Prozess bekannte Geheimsekretär des Reichskanzlers, werde General-Konfuz in Bukarest, nach Washington solle Graf Gochen gehen, sobald die amerikanische Präsidentenwahl vorbei ist.

Lokales und Vermischtes.

Internationale Juwelendiebe.

Der Juwelendieb Raab in Hamburg beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei. Die Polizei rechnet unter anderem damit, daß Raab ein Mitglied jener internationalen Bande ist...

Schülerinnen bemessen. Der Bericht ist eine ausführliche Beschreibung der Fahrt...

Die letzte Prüfungsfahrt des „Parasol“ hat heute mittag stattgefunden. Früh um 7 1/2 Uhr wurde der Ballon, dessen Befandtheit auf zwei Proben des Luftdifferenzialtauchs geprüft worden...

Nach dem „Zeit-Weiß“ wird, wie uns ein Telegramm unseres Brüsseler „Korrespondenten“ meldet, der neue französische Botschafter „Clément-Bayard“ in nächster Zeit eine Verzichtserklärung von Paris nach Brüssel unternehmen.

Das Verbrechen eines Obermanners. Seit dem 28. v. M. ist der 39-jährige Obermann Günther Kallmann aus Charlottenburg hiesig verhaftet worden.

Personalanzeigen. Der 30-jährige Herr von Bayern wurde vom Kaiser von Österreich als österreichisch-ungarische Ehrenbürger für Kunst und Wissenschaften ernannt.

Neue Notizen. Dem verstorbenen Begründer der Viehzentrale, August von Meißner, wird in der Viehzentralen Zeitung ein Nachruf veröffentlicht.

Ihrer Mutter keineswegs in den Besitz eines Vermögens gelangt, da ihrem Ehemann 400,000 Kronen Schulden in der besagten Höhe gegenüberstanden...

Doppeltschmied in Halle. Unter merkwürdigen Umständen beging, wie uns ein Privat-Telegramm aus Halle a. S. meldet, ein junges Ehepaar Selbstmord.

Wohnsitzsünder am Petersburger Newski-Prospekt. Eine Lat wäsende Mädel hat am gestrigen Nachmittag ein junges Offizier in Petersburg begangen. Wie uns ein Privat-Telegramm meldet, unternahm die beiden Söhne des Senators Rosenzweig am Newski-Prospekt eine Spazierfahrt.

Aus Nah und Fern. Aus Rio wird uns berichtet: Die Sobolewsche Zuckerfabrik in Gassin, Gouvernement Savoyen, die jährlich gegen eine Million Mark Zucker erzeugt, ist vollständig niedergebrannt.

Neue Erdstöße in Deutschland.

Nicht nur im Voigtlande, sondern auch im angrenzenden Oberfranken, im größten Teil der Oberpfalz und im Egerlande wurden, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, gestern immer stärker werdende Erdbeben verspürt.

In Plauen haben die Erdbeben erneut mit aller Kraft eingeleitet und übertragen die schreckliche Nachricht, daß im Voigtlande gestern ein Erdstößchen gemeldet wurde, wobei ein Mensch getötet wurde.

Die Kindesentführung im Automobil.

Die Entführung des achtjährigen Sohnes des Professors Fertig, die am letzten Augusttage dieses Jahres die kleine Sproßknospe im großen Aufzuge verpackt, beschäftigt morgen das hiesige Landgericht.

Der älteste Mann im Königreich Sachsen, der im 104. Lebensjahre lebende Fürstentum Apelt, ist gestern, wie uns aus Jitzka geschrieben wird, in Neudau gestorben. Bis in die letzten Lebensjahre hinein erkrankte er sich fortwährend und grüßter Frische.

Die Juwelen der Prinzessin Luise von Belgien.

Der Wiener Zivilstandsamt wurde über den bereits mehrmals verlegten Prozeß auf neue beschuldigt, daß die Juweliere Josef Weitzers gegen die Prinzessin Luise von Belgien Juwelen in die Juwelenfirma hat der Prinzessin im Jahr 1897 Juwelen im Wert von 28,000 Kronen verkauft, wovon etwa die Hälfte der Prinz Philip von Koburg, der Gatte der Prinzessin, im Jahre 1901 bezahlte.

Die mysteriöse Jutta.

Sechstägig nach West-Berlin werden heute durch Nachrichten an den Saalen Bericht für die Ermittlung einer internationalen Agentin, die den Namen „Jutta“ führt, ausgeht. Wie wir erfahren, hat diese Auslösung einer internationalen Hintergrund. Der Aufzögerer ist ein deutsch-russischer Großgrundbesitzer, der lange Jahre als Diplomat einer russischen Gesandtschaft auf den Balkanstaaten attached war und jetzt auf seinen Gütern lebt.

Grenzwirrwarr in Groß-Berlin.

Die Verhandlungen, die zwischen den Städten Schöneberg und Wilmerdorf wegen der Beilegung der leidigen Grenzstreitigkeiten seit mehreren Jahren schweben, sind, wie wir hören, definitiv gescheitert. Die Festlegung der Grenzlinien soll jetzt durch königliche Kommissare in Berlin erfolgen. Ob die beteiligten Städte nicht besser getauert werden, um sich einig zu machen, als auf eine Arbitration zu warten?

Nach der Wändenschuldenfremde.

Die Wändenschuldenfremde des höheren Wändenschuldenwesens in Berlin geschaffen. Für die Wändenschuldenfremde in Berlin sind die Wändenschuldenfremden der Wändenschuldenfremden bereit erklärt, diese Schulden als höhere Wändenschulden weiterzuführen. Die Wänderschuldenfremden dieser Schulden haben aber, wie wir hören, durch diese Bestimmungen, dem Magistrat eine Denkschrift überreicht, in der sie darauf hinweisen, daß es hier in Berlin keine Wändenschuldenfremde möglich ist.

Table with multiple columns containing financial data, including stock prices and exchange rates. Includes a small table for 'Anläandische Staats- etc. Papiere' at the top left.

Deutsche Klein- u. Strassenbahn-Obli.

Table listing various German small and street railway bonds with columns for issuer, amount, and price.

Deutsche Eisenbahn-Prioritäten

Table listing German railway priority bonds, including companies like Prussian, Bavarian, and Saxon railways.

Deutsche Hypothek-Bank-Plandbriefe

Table listing German mortgage bank plan notes, detailing various banks and their offerings.

Deutsche Eisenbahn-Stamm- u. St.-Pr. Aktien

Table listing German railway common and preferred shares, including companies like Prussian, Bavarian, and Saxon railways.

Deutsche Klein- u. Strassenbahn-Aktion

Table listing German small and street railway shares, including companies like Prussian, Bavarian, and Saxon railways.

Ansländ. Eisenbahn-St. u. St.-Pr. Aktien

Table listing Swedish railway common and preferred shares, including companies like Stockholm, Gothenburg, and Malmö railways.

Bank-Aktion

Table listing various bank shares, including institutions like Deutsche Bank, Commerzbank, and others.

Industrie-Aktien u. Stamm-Prioritäten

Table listing various industrial stocks and bonds with columns for company names, stock types, and prices. Includes entries like 'Hessische Cassel', 'Kaiser Brewery', 'Krupp', etc.

Industrie-Obligationen

Table listing industrial bonds and obligations with columns for issuer names, bond types, and prices. Includes entries like 'Düsseld. Gas 1880', 'Krupp', 'Kaiser Brewery', etc.

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatt.

Nummer 564.

Berlin, Mittwoch, 4. November 1908.

2. Beiblatt.

* Nach der Präsidentenwahl.

Mit Tafts Wahl ist Roosevelt wirtschaftspolitischem System für mehrere Jahre wieder die Bahn vorgezeichnet. Der Kontinent, der so sehr von Amerikas Wirtschaftsentwicklung abhängig ist, hat, was er sich so sehnlich wünschte, kein demokratischer Präsident wird Hausengesetzlich vernichten, wird Trusts und Zolltarif in ihren Grundfesten erschüttern. In dieser Furcht vor Bryan liegt etwas Unverständliches. Die republikanische Politik hat uns Deutschen wirtschaftliche Vorteile kaum gebracht. Die drei grossen Kampfbünde in amerikanischen Wirtschaftspolitik: Silberwährung, Zolltarif, Trusts sind unter republikanischer Leitung — vielleicht mit Ausnahme der Silberwährung — zu unseren Gunsten nicht umgestaltet worden. Daher hätten wir nicht zu jammern brauchen, wenn Bryan ans Ruder gekommen wäre, dessen Plattform eine gemässigte Schutzpolitik und eine radikalere Trustpolitik versprach. Zolltarif ist gewählt, und die Schutzmauern wie die Hochburgen der Trusts werden kaum ein Stockwerk verlieren.

Mit ganz wenigen Unterbrechungen haben die Vereinigten Staaten seit dem Jahre 1789, in dem der erste Kongress der Vereinigten Staaten zusammentrat, die Schutzpolitik innegehalten. Alexander Hamilton lehnte das System dieser Politik hauptsächlich für die Abwehr englischer Konkurrenz, fest. Das war in den neunziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts. 1891 erkannte — unter Henry K. Clay — der Kongress ausdrücklich das schutzpolitische Prinzip an. Nur Artikel, die in den Vereinigten Staaten nicht produziert wurden, waren zollfrei. Aller andere Import wurde mit hohen Zöllen belastet. Dann setzte, seit dem Präsidenten Andrew Jackson eine Zeitlang eine mehr freihändlerische Bewegung ein, die jedoch bald von dem sogenannten Morrill-Tarif abgelöst wurde. Morrill-Zölle stiegen wieder auf 25 bis 30 pCt. des Wertes der eingeführten Waren. Der McKinley-Tarif vom Jahre 1890, der auf den Morrill-Tarif folgte, war durchaus protektionistisch. Zwar versuchte die demokratische Partei unter Cleveland wieder eine gemässigte Zollpolitik einzuschlagen, aber der Dingley-Tarif vom Jahre 1897 zerstörte auch Cleveland's Präsidentschafts alle freihändlerischen Hoffnungen. Cleveland hatte einige Rohstoffzollermässigungen und die Herabsetzung einiger extremer Industriezölle erreicht: Der Dingley-Tarif verschärfte noch die protektionistische Tendenz des McKinley-Tarifs vom Jahre 1890. Seit dieser Zeit hat die amerikanische Schutzpolitik sich für uns so gut wie gar nicht gebessert. Denn die Provisionen, die wir bisher mit den Vereinigten Staaten hatten, und die uns eine Periode höchster Zollsenkerheit brachten, können eine Besserung beim besten Willen nicht genannt werden. Nach wie vor senzt der Kontinent unter den hohen amerikanischen Zöllen und den Zollschikanen der amerikanischen Zollbehörden, die häufig die Bewertung ganz nach Belieben betreiben. Die Zollpolitik Roosevelts hat, wie die Zollpolitik der Vorjahre, Amerika nicht gebracht, vielleicht hätte es jetzt eher eine demokratische Zollpolitik tun können. Denn in ihr drückt sich mehr der Gedanke aus, dass die amerikanische Wirtschaft schon so erstarkt ist, dass sie beginnen kann, die Schutzpolitik abzubauen. Edmund J. James hat nachgewiesen, dass die letzten Jahre der Zollpolitik Roosevelts nicht nur die amerikanische Wirtschaft, sondern auch die amerikanische Zollpolitik selbst hat diesem Gedanken noch Ausdruck gegeben. Auf die Dauer wird ein innerlich schon so erstarktes Volk, wie die Amerikaner, die Zollpolitik massig an der Zolleinhebung misshandeln. Wenn Roosevelt II. Roosevelts I. Agent bleibt, ist jedoch für die nächste Zeit ein derartiger Umschwung kaum zu erhoffen.

Neben der Schutzpolitik müssen als die bedeutendsten Zeitfragen für das gesamte Wirtschaftsleben in der Union die Stellungnahme der Regierung gegen die grossen Kapitalisten und die Frage der Trusts und dann die damit in einem gewissen Zusammenhange stehende Haltung in der Tarifrage der Eisenbahnen gelten. Beide Materien gehören in den wesentlichen Zügen bislang zur Kompetenz der Einzelstaaten. Es ist bekannt, dass gegen die Trusts sich vielfach unter dem Gesetze, sondern Einzelstaaten inkorporieren liessen als in den Staaten, in denen ihr wirtschaftlicher Schwerpunkt lag. Die Regierung des bisherigen Präsidenten Roosevelt hat bereits Versuche gemacht, nach Möglichkeit dem entgegenzuwirken und die Trusts unter die einheitliche Bundesgesetzgebung zu stellen. Sie schloß den Trusts zu Leibe zu rücken, musste aber doch schlussendlich gewisse Konzessionen machen. Denn es konnte keinem Zweifel unterliegen, dass die Wirtschaftskrisis, die im vorigen Späthier über die Vereinigten Staaten hereinbrach, ungewöhnlich scharf Formen angenommen hatte, nicht nur eine Reaktion auf die Zeiten der vorangegangenen öpigen Hochkonjunktur war, die zweifelsohne auch ihre Auswüchse gebracht hatte, das Vorgehen der Regierung gegen die Trusts war ein zweiter Faktor, der nicht minder beunruhigend wirken musste. Wenn nicht die Trusts in der Börse sondern auch in die weitesten Kreise von Handel und Industrie ein starkes Gefühl der Unsicherheit hineingetragen, ob die bestehenden Wirtschaftsgebilde, die das industrielle Leben der Union beherrschen, noch fortbestehen werden, oder zur Auflösung gebracht werden sollen. Kein Wunder, dass nach der Entwicklung, die das Wirtschaftsleben jenseits des Ozeans im Laufe der Jahre genommen, die noch ungelöste Frage der endgültigen Stellungnahme der Staatsregierung gegenüber den Trusts etc. bei der diesjährigen Präsidentenwahl ihre ganz besondere Rolle spielen musste. Die Programme der beiden Gegenkandidaten zeigten in dieser wichtigen Frage eine weitgehende Differenz. Bryan versprach eine radikale, Taft eine gemässigte Stellungnahme gegen die Trusts. Jedenfalls hätte Bryan in dem Bestreben, sein Programm möglichst aufrecht zu halten, anders als Taft, der eher mit gegebenen Faktoren rechnen kann, in das Wirtschaftsleben der Union revolutionierend eingegriffen. Daher haben sich denn auch die Aussichten Tafts für den Präsidentenposten sich lethargisch von Woche zu Woche besserten, die Erwartungen geleistet, dass Amerika Handel und Industrie wieder die feste Situation an dem Ergriffenen auf lange vorausliegende Zeit in sich selbst finden würde für die Union so wichtigen Metallmärkte, die inzwischen weitere Fortschritte gemacht hat.

Einer für das gesamte Wirtschaftsleben der Union nicht minder bedeutenden Materie als die Stellungnahme gegenüber den Trusts wird der neue Präsident in der Tarifrage der Eisenbahnen gegenüberstehen. In der Eisenbahnpolitik treten zwei Momente in Widerstreit. Wie bei uns in Deutschland sind die Ausgaben der Bahnen auch in den Vereinigten Staaten im Laufe der letzten Jahre erheblich gestiegen und es finden sich kaum Anzeichen, die auf eine Verbilligung und der Betriebsausgaben schliessen lassen. Das muss vom Standpunkte der Bahnen eine entsprechende Regulierung, also Erhöhung der Tarife wünschenswert erscheinen lassen, die aber naturgemäss als eine Verletzung des Verkehrs anderer, sedent, tendente Wirtschaftsinteressen schädigt. Das Eisenbahnkapital, tendente Wirtschaftsinvestitionen investiert ist, verlangt eine Verzinsung, und findet es nie, so ist, da das Eisen-

bahnwesen in der Union ganz in Privathand ruht, auch die wieder im Interesse der Gesamtheit liegende Aufschliessung noch grosser Laudesteile in Frage gestellt; denn ein Privatunternehmer kann nur Bahnen bauen, die ihm eine Rente in Aussicht stellen. Auch in der Tarifrage war Bryan der radikalere, absolut gegen jede Erhöhung der während Tafts Politik Rücksichten auf die Verhältnisse nahm. Das aber gerade im Moment der geschäftlichen Depression für Amerika von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Denn die Bahnen alimentieren mit ihren enormen Einnahmen insbesondere Amerikas grösste Industrie, die Eisen- und Stahlindustrie. Heute, wo Tafts Wahl gesichert ist, können die Eisenbahnen unter wesentlich günstigeren Aussichten aus langer Zurückhaltung mit ihren Orders heraustreten als in den letzten Monaten der Unsicherheit, die auch bei flüssigen Geldstand die Investierung neuen Kapitals immerhin ein grösseres Risiko barg. Die monatliche Spannung, mit der auch das Wirtschaftsleben im Hinblick auf die Präsidentenwahl erfüllt war, ist nun durch Tafts Wahl einer Sicherheit gewichen. Das amerikanische Wirtschaftsleben wird sich vor nun an ganz in die Aera Roosevelt gezeitigt hat, ohne allzu grosse Rücksicht auf die Individualität des Präsidenten mehr in den Bahnen bewegen, die ihm die Entwicklung aufzwingt.

Industrie und Handel.

Schultheiss. Drei Prozent Dividende aus das bisherige Aktienkapital von 12 Millionen M. weniger. Das ist das Resultat des für die deutsche Brauindustrie so schweren Jahres 1907/08 bei der grössten Berliner Brauerei. Zwar haben sich Umsatz und Bruttoeinnahme (der Umsatz stieg von 25.808.559 M. auf 28.174.906 M., der Bruttoerlös von 15.678.012 M. auf 15.741.587 M.) etwas erhöht, aber andererseits erlitten die verschiedenen Unkostenarten eine Gesamtsteigerung um 287.030 M. Die Abschreibungen sind unter Berücksichtigung der Neuzugänge ungefähr nach denselben Prozentsätzen bemessen wie im Vorjahre. In Summa werden diesmal 1.680.116 M. gegen 1.657.357 M. abgeschrieben. Der verbleibende Überschuss beträgt 2.000.374 M. gegen 2.470.379 M., bleibt also beträchtlich hinter dem Überschuss aus 1906/07 zurück. Demgemäss fallen auch die einzelnen Zuweisungen und die Dividende niedriger aus. Dem Vorkursfonds werden 2 Mill. M. (185.210) zugeführt, das Delkrederkonto (i. V. 65.000 M.) wird diesmal nicht dotiert. Der Aufsichtsrat erhält 100.713 M. (126.576) Tantieme, die Dividende beträgt 14 pCt. = 1.750.000 M. auf 12 Mill. M. Aktien gegen 17 pCt. = 2.040.000 M. auf ebenfalls 12 Mill. M. Aktien. Auf das neue Aktienkapital in Höhe von 2 Mill. M. werden 2 1/2 pCt. Dividende verteilt. Auf neue Rechnung vorgetragen werden 46.024 M. 63.806 M. Die Ausführungen des Geschäftsberichts für 1907/08 sind charakteristisch für die Situation in der deutschen, besonders in der norddeutschen Brauindustrie. Sie lauten im Auszuge folgendermassen:

Das abgelaufene Geschäftsjahr 1907/08 hat sein Gepräge erhalten in erster Linie durch die fortgesetzten, aber verhaltenen Anstrengungen der norddeutschen Brauindustrie, die ihr nachteiligen Folgen der Zoll- und Steuerpolitik des Jahres 1905 zu paralisieren. Weiterhin stand es unter den Wirkungen einer niedrigeren Konjunktur, dauernder Steigerung der Preise für die meisten Rohprodukte, Betriebsmaterialien und sonstiger Bedarfsartikel und der Absätze zurückgang. Unter diesen Umständen ist es begründlich, dass der mit dem Rückgang des Konsums zwischen den Brauereien entsetzete Konkurrenzkampf mit allen seinen bedauerlichen Folgerscheinungen eine weitere Verschärfung erfahren hat. Wenn wir zum ersten Male davon absahen, den Jahresabschluss zu ziehen, so schienen so folgen wir dem Beispiel anderer grosser, auch süddeutscher Brauereien in der Erwägung, dass der Grösse bzw. der Steigerung des Jahresabsatzes häufig eine übertriebene Bedeutung gegenüber anderen Rentabilitätsfaktoren beigelegt wird, und wohl wie hoffen, damit zur Abschwächung des Konkurrenzkampfes beitragen.

Im Vorjahre hatte der Gesamtabsatz aller vier der Schultheiss-Gesellschaft gehörenden Brauereibetriebe 1.231.503 Hl. betragen gegen 1.222.819 Hl. in 1905/06, also auch damals schon eine nur minimale Steigerung. Weiter heisst es im Bericht:

Bei den im Betriebsjahre aussergewöhnlich zahlreich an uns herangetragenen Darlehensanträgen konnten wir, während wir uns bemüht haben, die Hypothekenspekulation, die bei der herrschenden Schwierigkeit anderweit zu beschaffen unsere Kunden nicht in stande waren. Diesen Anträgen gegenüber konnten wir bei der raschen Entwicklung der Verhältnisse des Gastwirtsstandes und des Wettbewerbens der Brauereien im Interesse der Erhaltung wichtiger Absatzstellen nicht vollständig unsere Zurückhaltung beobachten, sondern wir mussten uns zu häufigeren Kreditgewährungen verstehen. Bei der Erhöhung der Unkosten ist zu berücksichtigen, dass die im vorigen Jahre aus dem Buchgewinn unseres Charlottenburger Terrains gebildete Reserve von 287.575 M. zur Verwendung gelangt ist. Auf die Höhe der Unkosten wirkte in besonderem nachteilig der Umstand ein, dass das abgelaufene Geschäftsjahr erstmals voll unter der Wirkung der Lohnerhöhungen stand, welche die am 1. Januar 1907 in Kraft getretene Lohnsteuer gebracht haben. Die um durchschnittlich 22,87 pCt. pro Tonne höheren Gersten- und um 21,81 pCt. der Doppelmalter höheren Malzpreise wirkten eine beträchtliche Mehrausgabe, welche durch billigere Hopfenpreise nur zur Hälfte ausgeglichen wurde. Angesichts der enormen Steuerbelastung empfanden wir es noch besonders drückend, dass aus seitens der Steuerbehörden nach wie vor die gesonderte Anwendung auf die in dem Dessauer und dem Niedersächsischen Brauereibetriebe verwandten Braustoffe versagt wird.

In der Bilanz erscheinen 5.026.191 M. (5.010.931) Grundstücke, 15.557.398 M. (15.088.042) Gebäude, 1.435.536 M. (1.097.451) Maschinen, 3.683.457 M. (2.232.172) Hl. Bier, 2.070.041 M. (1.580.945) Hypotheken und Darlehen, 2.423.424 M. (6.437.552) Warenbestände in den auswärtigen Niederlagen, 531.593 M. (476.665) ausstehende Forderungen. Auf der Passivseite erscheinen 1.778.029 M. (1.782.381) Hypotheken, 702.737 M. (1.253.371) Kreditoren. Ueber das neue Jahr sagt die Verwaltung folgendes, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Niederschrift dieser Aeusserungen vor dem Bekanntwerden des neuen Brausteuernurwurfes erfolgte:

Ueber die Aussichten für das kommende Geschäftsjahr lässt sich weder Gutes noch überhaupt Bestimmtes sagen. Begleitete uns sonst das Vertrauen auf eine weitere gedehnte Entwicklung unseres Unternehmens in das neue Geschäftsjahr, so blicken wir jetzt mit grübler Sorge in die Zukunft. Noch kämpft das norddeutsche Brauereigewerbe, wie eingangs erwähnt, gegen die Erschütterungen des Jahres 1908 an, und schon wieder droht demselben die Gefahr einer abnormalen Brausteuerverhöhung. Seit Monatsende ist die gesamte Brauindustrie unter dem Druck des kommenden Ereignisses, und die Ungewissheit über die künftige Gestaltung der Dinge hat jede grosszügige und weitsichtige Disposition erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Sowohl unser Gewerbe wie auch der Gastwirtsstand würden durch eine innige Steuer auf das schwerste geschädigt werden. Wenn immer wieder auf die bei uns mitgeteilte Höhe einiger Aktienbräuereien verwiesen wird, so muss dieses Argument deswegen versagen, weil das geschäftliche Ergebnis nicht mit dem nominellen Aktienkapital erzielt wird. Auf unser nominell jetzt 12 Millionen betragendes Aktienkapital sind seitens der Aktionäre in Wirklichkeit 23 Millionen eingezahlt worden, und der zur Ausschüttung gelangende Betrag von 1.750.000 M. bringt somit in diesem Jahre den Aktionären eine tatsächliche Verzinsung von nur zirka 7 1/2 pCt. In den Bilanzen der Aktiengesellschaften des Jahres 1906 immer noch nachteiligen Folgen der Zoll- und Steuerpolitik des Jahres 1906 immer noch nicht voll zum Ausdruck, da die in früheren guten Jahren getroffene Vorsorge vielfach eine Verbesserung der sonst noch bedeutend ungünstigeren Abschlussfassungen gestattet. Unter diesen

Umständen muss eine nochmalige Brausteuerverhöhung geradezu unheilvoll wirken, wenn dieselbe auch nach dem Gedanken der Regierung nicht das Brau- und Gastwirtsgeerbe, sondern den Konsum treffen soll. Jede Abwälzung auf die Kreise des Konsums heute mehr als je undurchführbar zu betrachten werden muss. Für die zukünftige Gestaltung des Geschäfts wird es ferner von Bedeutung sein, ob die mit unseren Berufsgenossen abgeschlossenen Preiskonventionen, die zum kleineren Teil bereits geschlossen sind, zum grösseren Teil demnächst ablaufen werden, auf gesunder Grundlage erneuert werden können. Was die Rohmaterialien betrifft, so ist im begonnenen neuen Geschäftsjahre zwar der Hohepreis ungefähr der gleiche geblieben, dagegen sind die für uns in Frage kommenden Qualitäten in Gerste und Malz im Preise sogar noch im Vorjahre. Auch bei den übrigen Rohstoffen ist ein Nachlassen der hohen Preise nicht eingetreten. Befanden wir uns sonach einer Fülle von Schwierigkeiten gegenüber, so ist es begründlich, dass das voraussichtliche Ergebnis des neuen Geschäftsjahres derzeit eher auch nur ein gemässiges zutreffendes Beurteilung nicht unterzogen werden kann. Der Bierabsatz in den beiden ersten Monaten ist gegen das Vorjahr zurückgeblieben.

Die Verwaltung will im Laufe des Jahres 1907/08 ausgeschiedenen Direktor Merten zur Wahl in den Aufsichtsrat vorschlagen.

Bensberg-Gladbacher Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges., Herzfelden. Die der Berliner Börsenzeitung mitgeteilt wird, kann nach dem bisherigen Verlauf des am 31. Dezember schliessenden Geschäftsjahres ein zur Dividende vertheilung verfügbarer Gewinn nicht in Aussicht genommen werden. Im Vorjahre wurde keine Dividende verteilt, sondern der Gewinn von 188.083 M. wurde geschäftlich verwandt. Für das Geschäftsjahr 1906 wurde 6 pCt. Dividende ausgeschüttet worden.

Maschinenbauanstalt Humboldt in Kalk bei Köln. Der Abschluss für das Geschäftsjahr 1907/08 weist nach Deckung der Unkosten und der ordentlichen Abschreibungen in der Höhe von 849.189 M. (774.117) einen Reingewinn von 2.007.256 M. (1.579.071) auf. Hieraus sollen der Sonderrücklage 100.000 M. (wie i. V.) und das Aktienkapital von 40.000 M. vorgeschlagen und der alsdann verbleibende Rest von 582.256 M. (433.058) vorgetragen werden.

Altona, 4. November. (Privat-Telegramm.) Der Aufsichtsrat der Tapeten-Industrie-Akt.-Ges. beschloss, der Generalversammlung vorzuschlagen, aus dem 1.598.549 M. betragenden Bruttogewinn für das acht Monate umfassende erste Geschäftsjahr nach Abschreibung von 462.737 M. eine Dividende von 6 pCt. p. a. auf die Vorzugsaktien zu vertheilen und den Rest zum Vortrage auf neue Rechnung zu verwenden.

Serbische Bestellungen in Russland. Aus Petersburg wird uns geschrieben: Die in Moskau befindliche Serbische Handelsagentur war im Auftrag ihrer Regierung mit russischen Firmen zwecks Lieferung von 3 Millionen Meter Leinwand und 3 Millionen Meter Soldatentuch — die Ware wurde bisher von österreichischen Fabrikanten geliefert — in Verbindung gekommen. Jetzt wurden diese Aufträge rückgängig gemacht, da die serbische Regierung die Befreiungserklärung, die die betreffende russische Seite für österreichische Seite konfirmiert werden konnten. Dagegen trat die Serbische Agentur mit der Maschinenbau-fabrik Hartmann, den Kolonnen Werken und, wie es heisst, auch mit der Baltischen Waggonfabrik zwecks Lieferung für die Staatsbahnen in Verbindung.

Eisenbahnen.

Ernässigung des Dividendenniveaus bei der Pennsylvania-Eisenbahn. Die Krisis, die zu Beginn dieses Jahres über das gesamte Wirtschaftsleben der Union zugschwebend war, kam besonders scharf in den Betrieben der amerikanischen Eisenbahnen zum Ausdruck. Auch in den Betriebsbetrieben der Pennsylvania Railroad Company trat der wirtschaftliche Rückschlag offen zu Tage. Es dürfte daher nicht als Ueberschätzung empfunden werden, wenn die Pennsylvania-Eisenbahn nunmehr zum ersten Mal in der Geschichte eine Dividende von 3 pCt. deklariert gegenüber 3 1/2 pCt. Halbjahresdividende im Vorjahre. Damit kehrt die Gesellschaft wieder zu dem 6 pCt. Dividendenniveau zurück. Die Gesellschaft brachte nämlich in den Jahren 1903 bis 1905 eine Dividende von jährlich 6 pCt. zur Vertheilung; im Jahre 1906 wurde dann das Dividendenniveau auf 7 pCt. erhöht.

Canada Pacific-Eisenbahn. Die Einnahmen betragen in der vergangenen Woche 2.446.000 Dollars, das ist 48.000 Dollars weniger als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Geldmarkt und Banken.

St. Petersburger Privathandelsbank. Aus Petersburg schreibt unser Korrespondent: Die Bank hatte mit einer Gruppe französischer Banken und Bankiers einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Finanzgruppe sich verpflichtete, eine neue Emission von Aktien der Privathandelsbank im Betrage von 5 Mill. Rubel zu übernehmen. Der Termin der ersten Einzahlung auf die neuen Aktien erlitt aber aus verschiedenen Gründen eine Verzögerung. Kürzlich erhielt nun die Privathandelsbank von der Pariser Abteilung der Länderbank die Benachrichtigung, dass 3.000.000 Rubel als erste Teilzahlung auf die neuen Aktien vom Syndikate zur Disposition der Privathandelsbank sofort nach Empfang der Interimsscheine gestellt werden.

Versicherungswesen.

Versicherungsfusion. Die Preussische Lebensversicherungs-Akt. Ges. nimmt die Braunschweigische Lebensversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit auf. Der Vertrag ist, wie uns mitgeteilt wird, vorbehaltlich der Generalversammlungseingewilligung schon geschlossen. Die Preussische Lebensversicherungsgesellschaft übernimmt danach die Braunschweigische Lebensversicherungsgesellschaft mit allen Aktiven und Passiven und garantiert dafür den Versicherten der Braunschweigischen Gesellschaft eine bestimmte Dividende aus dem Vermögen des aufzunehmenden Instituts. Die Braunschweigische Gesellschaft ist ein kleines Institut mit ca. 2 Mill. M. Aktien. Sie hatte für das letzte Jahr nur einen geringen Ueberschuss aufzuweisen. Die Preussische Lebensversicherungs-Akt. Ges. hat ein Kapital von 3 Mill. M. Sie verteilte pro 1907 4 pCt. Dividende auf das Nominalkapital.

Neueste Handels-Nachrichten.

* Von der Börse.

Die Wahl Tafts zum Präsidenten der Vereinigten Staaten liess die heutige Börse bei allerdings nicht besonders regem Verkehr auf den Hauptgebieten in fester Haltung eröffnen. Am Bankaktienmarkt gelangten auch heute einzelne Werte, unter ihnen die Aktien der Deutschen Bank, überhaupt nicht zur Anfangsnoteierung. Im übrigen überwiegen auf diesem Gebiete leichte Kursbesserungen, nur die Anteile der Diskontogesellschaft blieben die andauernd ungunstigen Situationsberichte aus den Westvieren unbeachtet. Die Spekulation schritt vielmehr zunächst zu Deckungskäufen, die das Kursniveau aller einschlägigen Werte hoben. Dabei wurden Phönixaktien und die Aktien des Bochumer Vereins besonders bevorzugt und über ein Prozent höher. Recht fest waren auf das Wahlergebnis in der Union hin amerikanische Eisenbahnaktien, insbesondere die Aktien der Baltimorebahn, sowie Schiffahrtswerte. Dagegen bekundeten Elektrizitätsaktien auf die nunmehr erschienene Begründung der Stenervorlage auf die nunmehr erschienene Begründung ab schwächere Tendenz. Am Rentenaktienmarkt konnte sich zwar das Kursniveau unserer 3proz. Reichsanleihe, das im Verlaufe des gestrigen Verkehrs eine stärkere Einbusse erfuhr, wieder teilweise erholen. Doch verschleierte die Kursteigerung etwas die Lage die am Markte tatsächlich in Erscheinung trat. Die Vorgänge in unserer heimischen Politik haben doch allenthalben grössere Verstimmung hervorgerufen, und das kam in ziemlich bedeutenden Abgängen zum Ausdruck, die Seehandlung, den Kurs anfangs stützend, aufnahm. Gleich nach Feststellung des „ersten“ Kurses bröckelte aber unsere 3proz. Reichsanleihe wieder ab um der dritten Börsenstunde unter dem Druck erneuter Abgängen einer empfindlichen Ermattung anheimzufallen. Im übrigen liess auch die Gesamtstimmung kurz nach Börsenbeginn zu wünschen übrig. Die festere Tendenz, die die Signatur der letzten Tage war, machte einer schwächeren Stimmung Platz, zumal die Haltung des Pariser Marktes verstimmt. Auf der Suche nach einer Erklärung für die matte Tendenz, die auch heute wieder die französische Börse zeigte, gelangten an der hiesigen Börse zu den innerpolitischen Verhältnissen auch die Vorgänge in der äusseren Politik zur Diskussion. Das Wort Marokko tauchte wieder an der Börse auf. Wie gewöhnlich wurden im Verlaufe des hiesigen Verkehrs wesentlich niedriger. Aber auch auf den übrigen Marktgebieten und besonders am Montanaktienmarkt gab die Kurse scharf nach. Der Schluss der Börse war ausgesprochen matt. Schiffaktien waren verhältnismässig gut behauptet.

Offizielle Ultimo-Notierungen

Kreditaktien 1901-1904	1905	1906
Wiener Bankverein	185.50	196.87
Länderbank	185.50	196.87
Franzosen 147.25	147.10	147.37
Lombarden 22.40	22.40	22.40
Diskont 177.25	177.00	177.62
Deutsche Bank 237.70	237.10	237.12
Berliner Handelsges.	165.50	165.90
Dresdener Bank 146.00	145.50	145.87
Darmstädter Bank 198.50	198.25	198.25
Nationalbank 118.30	118.00	118.10
Schaaffh. u. B. Bankver.	138.00	138.30
Komm.-u. Disk.-B.	107.75	107.75
Russische Bank 130.25	130.00	130.00
Prince Henri 128.40	128.75	128.75
Warschau-Wien	101.50	101.12
Baltimore 101.30	101.40	101.12
Canada 173.30	173.50	174.50
Pennsylvania 135.10	134.80	134.80
Orientalbahn 114.90	114.75	115.50
Anatolien	77.00	77.00
Mittelmeerbahn	131.50	132.25
Mediterranean 132.00	131.50	131.50
Gotthardbahn	84.60	84.60
3proz. A. Reichsanl.	81.90	81.90
Russ. Anleihe 1902	82.30	81.90
Spanier	90.00	90.00
5% Portugiesen	90.00	90.00
5% Chinesen	90.00	90.00
Japaner 90.00	90.00	90.00
Unit. Türken 90.00	90.00	90.00
Türknoten 140.50	140.00	140.00
Buenos	157.00	157.00
3proz. Argentinien	157.00	157.00
Dynamit-Trust 157.00	157.00	157.00
Nordl. Lloyd 86.40	86.20	86.40
Hamb. Paketfahrt 109.10	108.50	108.25
Hansa	116.10	116.10
Gr. Berliner Strassenbahn 173.10	173.25	173.25
5% Slesien	173.25	173.25
6% russ. Staats-Rente	173.25	173.25
6% Russen von 1880	173.25	173.25
6% ungar. Goldrente	173.25	173.25
6% ungar. Kronrente	173.25	173.25
Oester. 1867er Lose	191.90	193.25
Laurahütte 193.80	193.25	193.25
Dortmunder 58.10	57.90	57.75
Bochumer 214.50	212.30	212.40
Geisenhütten 197.40	196.30	196.30
Harpener 193.10	191.75	192.25
Deutsch.-Luz. 148.90	148.25	148.25
Hessische Stahlwerke 143.50	142.75	143.00
Hohlelohe-Werke	171.00	172.00
Phönix 172.90	172.10	171.75
171.40	171.40	172.00
Edison 226.90	227.75	228.40
Hombacher 156.00	156.00	156.00
Deutscher Elektriz.	200.40	200.25
Siemens u. Halske 204.50	203.75	203.75

3 Uhr 10 Min.

Edison 226.90, Laurahütte 193.80, Dortmunder 58.10, Bochumer 214.50, Geisenhütten 197.40, Harpener 193.10, Deutsch.-Luz. 148.90, Hessische Stahlwerke 143.50, Phönix 172.90, 172.10, 171.75, 171.00, 171.10, 171.40, Edison 226.90, Hombacher 156.00, Deutscher Elektriz. 200.40, Siemens u. Halske 204.50, 203.75, 203.75, Kanada 174.87, Paketfahrt 108.25, Nordl. Lloyd 86.25, Russische Anl. von 1902 81.87, Laurahütte 191.50, Bochumer Guss 212.10, Harpener 191.87, Geisenhütten 193.10, Berliner Handelsgesellschaft 165.25, Baltimore 101.27, Phönix 172.25, Dresdener Bank 145.40, Schaaffh. u. B. Bankver. 138.27, A. O. 244.75, Siemens u. Halske 203.40, Deutsche Uebersee, Dynamit, Kommerz- u. Diskontobank, Consolidation, Türknoten, Franzosen, 3proz. Reichsanleihe, Gr. Berl. Strassenb., Gotthard, Tendenz: Matt.

* Am Kassaindustriemarkte

überwog heute die Realisationsneigung, nur für Terrainwerte und Metallwerte zeigte sich einiges Interesse. Es wurden höher: Hallesche Masch. 4, Kronprinz Metall 2, Sangerhäuser Masch. 2.30, Vanderschur 4.25, Delmenhorst, Lindeum 4.75, Aschaffenburg, Papier & Concordia Spinnerei 2.50, Düsseldorf Röhren 2.25, Osabrücker Kupfer 6.60 pCt. Bodenges. Kurfürstendamm 25 M.

Es wurden niedriger:

Omnibus-Ges. 1.25, Giesel Zement 2, Egestorff Masch. 2, Hoffmann Waggon 2.50, Spritfabrik 7, Basalt 2.50, Deutsche Gasglühlicht 4, Rosenthal Porz. 6, Kahla Porz. 2, Nordd. Trikotweberei 2, Arnberg Bergwerk 3.25, Berzelius 2, Mülheimer Bergwerk 2, Witten Stahlhütte 3.75.

* Am Rentenmarkt

schlug heute die feste Tendenz, die in letzter Zeit an diesem Markte geherrscht hatte, um. Die Deutschen Reichsanleihen und Preussischen Konsols zeigten eine ausgesprochen matte Haltung und verloren bis 0.30 pCt. im Kurse. Auch am Bundesanleihenmarkt waren die Kurse um eine Kleinig-

keit abgeschwächt. Die Braunschweiger Lose wurden um 5 M. höher bezahlt. Gleichfalls bekundeten die 4proz. Stadtanleihen weiter eine feste Tendenz. Die Anleihen von Solingen und Parikurs. Auch für 5 1/2proz. Stadtanleihen zeigte sich einige Nachfrage. Die 4proz. Mainzer Stadtanleihe von 1905 gelangte heute zum ersten Male zur Noteierung, der Kurs stellte sich auf 99.50 pCt. Die fremden Anleihen zeigten eine schwache Tendenz. Die Kurse der Russen, Portugiesen und Brasilianer waren wesentlich abgeschwächt. Die spanische Anleihe verlief 1 pCt. und die Buenos Aires-Anleihe 0.40 pCt. In amerikanischen Eisenbahnfonds wickelte sich das Geschäft ziemlich still ab. San Louis und San Francisco Bonds gewannen 0.20 pCt.

Vom Geldmarkt. Der Privatdiskont wurde unverändert mit 2 1/2 pCt. notiert. Tägliches Geld war mit 2 1/2 pCt. (gestern 3 pCt.) reichlich angeboten. Scheck London bezug 20.44, Scheck Paris ca. 81.43, Telegraphische Anleihe Petersburg stellte sich auf 214.35 und 214.30 pCt.

Zur Börsennotierung gelangten 1,200,000 M. 4 1/2proz. Schuldverschreibungen der Reinickendorf-Liönwalde-Gross-Schönebecker-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft, Ausg. v. 1908 Buchst. A.

Börsennotierung. Von Montag ab ist die Buenos Aires 3proz. von 1912 ab 5 1/2proz. Provinz-anleihe zum Terminhandel an hiesiger Börse zugelassen. Als ungemässige Beträge gelten bei Zeilgeschäften Abschlüsse von 1000 Lstr. und einem Mehrfachen davon.

London, 4. November 9 Uhr 34 Min. (Privat-Telegramm.) An der Börse legte New-York Nachts grössere Kaufordres für Stahlgüter und amalgamiertes Kupfer Aktien herüber. Letztere eröffneten nach dem erst Stunde weise allseitiger Unentschlossenheit ganz ohne Kurse verlaufen war, der hiesige Markt ungefähr um 1 Dollar höher für Industriepapiere. Die ersten Kurse waren Amalgamat Copper 84 Doll. Steels 51 Doll. Darauf folgten stürmische Deckungen; namentlich in Steels, die um weitere 3/4 Doll. anzogen. Einige Morgan-Werte wie Erie und Southern blieben dennoch scharfem New-Yorker Preisdruck unterworfen. Amalgamat Copper stiegen auf 85 Doll. und hielten sich bei 84 bis 84 1/2 Doll. Union Pacific Shares überstiegen mit 152 1/2 Doll. den Konversionskurs, worauf grössere Realisationen der Primitivwerte erfolgten. Berlin begann gegen 9 Uhr Baltimore- und Kanada-Shares zu verkaufen. Um diese Zeit sah der Markt durchweg etwas schwächer aus.

Kassaindustriemarkt. Im Hinblick auf die bekannten Syndikatsschwierigkeiten hat heute eine Gruppe von Werken, um die Erneuerung des Syndikats zu beschleunigen, den Syndikatsschlichter zum ersten Male in Erscheinung gebracht. Der § 69 des Syndikatsvertrages lautet: „Jeder Vertrag zwischen dem Syndikat und einem Syndikatswerke wird bis zum 31. Dezember 1909 geschlossen. Er gilt auf weitere fünf Jahre für verlängert, wenn er nicht spätestens neun Monate vor Ablauf der Vertragsfrist aufgelöst wird.“ Es wird nunmehr Sache der leitenden Persönlichkeiten im Syndikat sein, sobald wie möglich eine Verständigung über die Erneuerung des Syndikats herbeizuführen. Diese Verständigung nach Möglichkeit zu beschleunigen, liegt im Interesse aller Syndikatsteilnehmer.

Hohlelohe-Werke Akt.-Ges. Die Verwaltung macht uns folgende Mitteilung: „In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtete der Vorstand über die erste Hälfte des letzten Geschäftsjahres. Der Bruttoertrag betrug 1,200,000 M., der Nettogewinn nach Abzug des ratierlichen Rentenanteils, der Bergschaden und aller sonstigen Unkosten hat in dem Zeitraum 3,603,950 M. gegen 5,936,720 M. betragen. Die Ergebnisse des Bergbaues sind trotz höherer Löhne und sonstiger Unkosten nicht wesentlich hinter die gleiche Periode des Vorjahres zurückgefallen, während die Zinkpreise einen weiteren starken Rückgang zu erdulden hatten. Seit Beginn des Monats August ist eine Besserung der Zinkpreise eingetreten. Im September hat seit längerer Zeit zum ersten Male die Gesamtproduktion der hiesigen Werke den Vorjahresstand überholt. Da die kommenden Monate des Vorjahres sehr schlechte Resultate für Zink erbrachten, so ist anzunehmen, dass das zweite Semester des im ersten Semester eingetretenen Mindererlöses nicht unwesentlich herabgemindert dürfte, es ist dieses zum grössten Teile auf die an die hiesigen Werke im Oktober 1909 in den Betrieben zurückzuführen. Am 1. Januar 1909 wird der Betrieb zweier von der Gesellschaft betriebenen alten kleinen Zinkhütten eingestellt. Eine Verminderung der Zinkproduktion der Gesellschaft findet hierdurch nicht statt, da die Einrichtungen der übrigen Hütten der Gesellschaft hinsichtlich der Zinkproduktion so verbessert sind, dass der durch die Einstellung der beiden Hütten entstehende Ausfall an Produkten gedeckt und hierneben erhebliche Ersparnisse an Betriebskosten gemacht werden. Die am 1. Oktober in Kraft getretenen Kohlenabschüsse sind unter den Bedingungen getätigt worden, welche ebenfalls auf eine Verringerung des Minderertrages des ersten Halbjahres 1909/1908 gegen das korrespondierende Halbjahr 1907/1908 günstig einwirken.“ Für 1907/08 wurden 9 pCt. Dividende ausgeschüttet.

Langenreier, 4. November. (Privat-Telegramm.) Die Generalversammlung der Vereinigten Drahtwerke, die am 3. November durch 9 Aktionäre vertreten waren, genehmigte ohne Erörterung den Abschluss. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr wurden als wenig günstig bezeichnet. Die Gesellschaft sei zwar bis zum Ende dieses Jahres genötigt mit Aufträgen versehen. Die Aufträge können aber nicht in demselben Masse erfüllt werden, als erlangt werden. Wenn nicht das Kohlen Syndikat die Kohlenpreise ermässigt und vor allem der Stahlwerksverband mit den Halbzugpreisen erheblich herabsetze, sei für dieses Geschäftsjahr wohl ein noch schlechteres Ergebnis zu erwarten als für das verflossene Jahr. Die Aufstellung des Roh-eisensyndikats habe die ganze Marktlage, die vorher Ansätze zu einer Besserung gezeigt, wieder direkt zum Ungünstigen gewandelt.

Russische Eisenindustrie Akt.-Ges. (Hauke) in Berlin. Der heutigen Generalversammlung lag der Geschäftsbericht für das Jahr 1907/08 zur Genehmigung vor. Geschäftsberichte wurden der Presse nicht ausgelegt, doch teilte ein Mitglied der Verwaltung mit, dass nach Abzug der Abschreibungen in Höhe von 75,308 Rbl. ein Reingewinn von 103,363 Rbl. verbleibe (= 233,264 M.), woraus nach Verteilung einer Dividende von 4 pCt. 20,157 M. auf neue Rechnung vorgelagert werden sollen. Es ist der Generalversammlung in Vorschlag gebracht worden, an Stelle der durch Tod aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Mitglieder Borchart und Hanke den Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft James Zutrauen und das Direktionsmitglied der Oberschlesischen Eisenindustrie Wilhelm Fischer neu zu wählen. Bezüglich der Aussichten wurde mitgeteilt, dieselben seien zurzeit wenig übersichtlich, es sei noch nicht zu erkennen, ob sich für die Gesellschaft Gwozd, die den Verkauf von Draht und Nägeln pflege, und sich Ende Dezember auflöse, bis dahin eine Erstarzungsgasse schlaffen lässt.

Millionenprozesse bei der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft in München. Merkwürdige Meldungen treffen von Münchener Terrainwerte ein, der in den letzten Jahren schon des öfteren in unübersichtlicher Weise sich redem machte. Aktionäre der Münchener Terrains-Gesellschaft Gräfelfinger beabsichtigen den Kaufvertrag, den die Gräfelfinger Gesellschaft im Jahre 1901 mit der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft abgeschlossen hat, eines Formfehlers wegen anzufechten, ebenso hat die Terrains-Gesellschaft Siedler Oberfeldt einen mit der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft abgeschlossenen Kaufvertrag angefochten. Bei dem Kaufvertrag mit der Gräfelfinger Gesellschaft handelt es sich um den ehemaligen Gräfelfinger Besitz der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft, der Ende 1901 für 5 Mill. M. an die Gräfelfinger Gesell-

schaft überging. Die letzterwähnte Gesellschaft bezahlte 500,000 M. bar, Ultimo 1904 schuldete sie noch 2,339,119 M. Diese Schuld wurde seitens der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft bis Ende 1904 zu pCt. von da ab zu 4 pCt. gestundet. Die Gräfelfinger Gesellschaft arbeitet nach einer in 1905 durchgeführten Sanierung mit einem Aktienkapital von 1 1/2 Mill. M. Die Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft erwarb damals 420,000 M. Gräfelfinger-Aktien für 165,000 M. Die Streitfrage zwischen den beiden Gesellschaften lässt sich vorerst vor Ausscheiden nach nicht übersehen. Wir beschränken uns daher vorläufig darauf, die beiden Parteien zu Worte kommen zu lassen. In der Darstellung der Aktionäre der Terrains-Gesellschaft Gräfelfinger, die uns vorliegt, heisst es folgendermassen:

„In einer Versammlung von Aktionären der Terrains-Gesellschaft Gräfelfinger wurde durch Rechtsanwalt Dr. Seidenberger die ebenso unerwartete als für die Aktionäre erfreuliche Mitteilung gemacht, dass der im Jahre 1901 mit der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft abgeschlossene Kaufvertrag infolge eines wichtigen Formfehlers nichtig sei und mit aller Aussicht auf Erfolg angefochten werden könne. Dr. Seidenberger unterbreitete den Aktionären ein in dieser Angelegenheit eingeholtes Gutachten eines der ersten deutschen Kenner des Aktiengesetzes, der ebenfalls in völlig sicherer Form die Nichtigkeit des mit der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft abgeschlossenen Kaufvertrages ausspricht. Da im Falle eines einseitigen Urteils die Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft alle von der Terrains-Gesellschaft Gräfelfinger empfangenen Gelder, Zinsen und Kosten zurückzahlen müsste, ein Objekt in Höhe von 600,000 M. im Preiswert für eventuelle, durch den Fall der Nichtigkeit der Aktien dieser Gesellschaft dürfen mit gewaltigen Verlusten zu rechnen genötigt sein. Dass nach solchen Vorfällen eine radikale Neugestaltung der Gesamtverwaltung der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft im Interesse der Aktionäre derselben dringend nötig und unvermeidlich ist, hält man für selbstverständlich, und es bleibt nur die Frage offen, inwieweit die Terrains-Gesellschaft die wieder erfreuliche Botschaft, welche die entstandenen Verluste hatbar gemacht werden kann.“

Soweit die Darstellung der Aktionäre der Terrains-Gesellschaft Gräfelfinger. Die Verwaltung der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft sendet uns folgende Erklärung: „Das Vorgehen einer Anzahl von Aktionären der Terrains-Gesellschaft Gräfelfinger in unserer Sache ist ein Prozess, welcher die in der letzten Zeit eingesetzte gute Entwicklung des Gräfelfinger Terrainsunternehmens ungünstig beeinflusst werden kann. Die Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft selbst kann dem in Aussicht gestellten Prozesse in aller Ruhe entgegensehen, da sie selbst an der Gründung der Terrains-Gesellschaft Gräfelfinger nicht beteiligt war und daher der geringe Fortschritt der Gräuelinger in der Verwaltungsgängen der Terrains-Gesellschaft Gräfelfinger zur Last fällt. Dass die Aktionäre der letzteren heute anstatt des Terrains lieber im Besitz des dafür angewendeten Kapitals und der Zinsen wären, ist begreiflich; doch braucht dieser Wunsch nach Lage der Sache die Aktionäre der Heilmann-Gesellschaft keine Ursache zu einer Berufung zu bilden.“

München, 4. November. 12 Uhr 30 Min. (Privat-Telegramm.) Die Aktionäre der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft wurden im Mai 1899 an der Münchener Börse zu 285 pCt. eingeführt. Inzwischen sind die Aktien der Hardy u. Co. G. m. b. H. 750,000 M. Heilmann-Aktien zu 172 1/2 pCt. auf der erste Kurse dieser Aktien auf der Berliner Börse nur 183 pCt. notiert. Heute wurden die Aktien mit 113 1/2 pCt. (gestern 117 1/2 pCt.) notiert.

München, 4. November. 12 Uhr 30 Min. (Privat-Telegramm.) Die Befürchtung, dass die Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft durch die Anfechtung der Terrainsverkäufe an die Gräfelfinger Terrains-Gesellschaft in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, führte einen Rückgang der Aktien auf 110 pCt. herbei.

Abkommen zwischen der A. E. O. und dem Berliner Speditorenverein. Nach einem heute von Berliner Speditorenverein Akt.-Ges. mit der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft getroffenen Abkommen wird der Betrieb der bisher von Berliner Speditorenverein betriebenen drei Omnibuslinien von Mitte November ab der Allgemeinen Berliner Omnibus-Akt.-Ges. überlassen. — An der heutigen Börse verloren die Aktien der Omnibus-Gesellschaft 1/2 pCt. und die Aktien des Speditorenvereins 2 pCt.

Dresden, 4. November. (Privat-Telegramm.) Die Hofbrauhaus-Aktienbrauerei und Malzfabrik in Dresden schlägt für 1907/08 wieder 10 pCt. Dividende auf die Vorzugsaktien Serie I und 4 pCt. 6 pCt. auf die Vorzugsaktien Serie 2 vor.

München, 4. November. (Privat-Telegramm.) Der Bruttoüberschuss beim Bürgerlichen Brauhaus München beträgt 678,278 M. gegen 669,108 M. Es sollen wieder 9 pCt. Dividende verteilt werden.

Arsdorfer Papierfabrik Hermann Richter Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat beschloss, eine Dividende von 3 pCt. bei, die die Verwaltung erklärt, üblichen Abschreibungen für das Geschäftsjahr 1907/08 vorzuschlagen. Der Vorstand hofft, durch weitere Ersparnisse in der Fabrikation in Zukunft vorteilhafter zu arbeiten. Im Vorjahre wurden bei 39,665 M. Abschreibungen 2 pCt. Dividende verteilt.

Erhöhung der Zwischendecksfahrpreise beim Lloyd. Offiziell wird mitgeteilt: Die Zwischendecksfahrpreise des Norddeutschen Lloyd nach den Vereinigten Staaten betragen seit dem 1. November mit Schnell dampfern nach New-York 100, mit Postdampfern nach New-York und Baltimore 130, mit Galveston 140 Mark. Kinder die Hälfte. Neben dem Fahrpreise ist von jedem Einwanderer die von den Vereinigten Staaten geforderte Kopfsteuer von 1 Dollar, 16 Mark, zu zahlen.

Bisher betragen, wie uns mitgeteilt wird, die Fahrpreise inklusive Kopfsteuer 160, 130 und 140 M. Die Erhöhung der Zwischendecksfahrpreise dürfte ihre Ursache in der Hoffnung haben, dass nach der Präsidentenwahl zu erwartenden ruhigeren Verhältnisse in amerikanischen Wirtschaftsleben auch die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten wieder leben werden.

Manchester, 4. November. (C. T. B.) Die streikenden Baumwollspinnereiarbeiter haben in einer heutigen Versammlung beschlossen, nochmals eine Abstimmung über die Aufnahme der Arbeit zu veranstalten, welche am 17. November stattfinden wird. Sie hoffen, dass in dieser Abstimmung die Bedingungen, welche die Spinnereibesitzer stellen, angenommen werden, und dass die Spinnerei am 23. November den vollen Betrieb wieder eröffnen werden.

Wichtiges Anzeigen.
Aussig-Teplitzer Eisenbahn-Gesellschaft, altes Netz Oktober 1,254,187 Kr. (+ 242 Kr.); seit 1. Januar 1,239,278 Kr. (+ 125,738 Kr.)
Aussig-Teplitzer Eisenbahn-Gesellschaft, Lokalbahnen Teplitz (Seitenz. Reichenberg; Oktober 303,941 Kr. (+ 5938 Kr.); seit 1. Januar 274,925 Kr. (+ 130,615 Kr.)

